

Danziger Zeitung.

No 8116.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerberggasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen: Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Reimeyer und Rud. Wofse; in Leipzig: Eugen Fort und S. Egler; in Hamburg: Hakenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: C. L. Danne u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 18. Sept. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer gab der Justizminister de Bries die Erklärung ab, daß das Ministerium auf den wiederholten Wunsch des Königs und nachdem sich die Versuche, ein neues Cabinet zu Stande zu bringen, als fruchtlos erwiesen, die Entschließung gefaßt habe, auf seinem Posten zu verbleiben.

Paris, 18. Sept. Mehrere hervorragende Mitglieder des rechten Centrums und der Rechten begeben sich heute, dem Vornachmittag nach, von hier nach Frohsdorf.

Perpignan, 18. Sept. Die Generale der Carlisten, Saballs und Castello, sind gestern hier eingetroffen.

— Einer Meldung aus Barcelona vom 16. d. zufolge ist eine Colonne von 4000 Mann unter der Führung des Brigadiers Reyes von Gerona abmarschirt, welche einem Transport nach Olot als Bedeckung dienen soll. — Die Carlisten bereiten einen neuen Angriff auf Verga vor.

New York, 18. Sept. Gestern Nachmittag ist in Chicago eine Feuersbrunst ausgebrochen, durch welche 64 Häuser zerstört worden sind. Das Feuer hat den mittleren Theil der Stadt nicht erreicht. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 300,000 Doll. geschätzt. — Das gelbe Fieber in Schrevesport und Memphis (Louisiana) ist im Abnehmen begriffen.

Zur Kritik des neuen Fahrplanes der Kgl. Ostbahn.

Das vom Vorgesetzten-Amt der Danziger Kaufmannschaft an die Königl. Direction der Ostbahn abgelassene Schreiben, betreffend den neuen Fahrplan vom 15. August, erdortet nicht allein sehr ausführlich dessen Mängel für den Verkehr unserer Stadt mit der Provinz und mit Polen, sondern enthält zugleich bestimmte Vorschläge für die Reform dieses Fahrplanes. Nachdem in dem Schreiben zunächst erwähnt ist, wie man in Danzig der am 15. August erfolgten Betriebsöffnung der neuen Eisenbahn Dirschau-Schneidemühl und der dadurch veranlaßten Umgestaltung des Fahrplanes für sämtliche Linien der Kgl. Ostbahn mit um so lebhafterem Interesse entgegengekommen habe, als man seine Erwartungen nicht allein auf die Herstellung einer kürzeren und bequemer Verbindung mit Berlin und den großen Verkehrslinien des deutschen Eisenbahnnetzes gerichtet, sondern zugleich gehofft habe, daß bei dieser Gelegenheit auch die Wünsche und Bedürfnisse hinsichtlich des Personen- und Briefverkehrs mit der Provinz und mit Polen eine geeignete Berücksichtigung finden würden, — heißt es alsdann: „Leider sind wir in dieser Hoffnung durch den Fahrplan vom 15. August, welcher unter dem 6. d. M. einige vorläufige Modificationen erfahren hat, sehr enttäuscht worden. Unsere Verbindung mit den Weichselstädten und Weichselkreisen sowohl als mit Polen und Warschau ist nicht allein nicht besser, sondern geradezu noch schlechter geworden. Für die Erhaltung und weitere Entwicklung unserer Verkehrsbeziehungen mit der Provinz und mit Polen aber ist, namentlich Angesichts der durch die neuen Bahnlinien Thorn-Insterburg und Königsberg-Elb. Golewo-Bialystok für diese Verkehrsbeziehungen und erstehenden Concurrenz, eine bequemere und raschere Verbindung auf der Linie der Königl. Ostbahn viel zu wichtig, als daß wir uns bei dem neuen Fahrplane beruhigen könnten. Wir setzen auch voraus, daß die Königl. Direction nicht verkennen wird, wie in dieser Hinsicht das Interesse der Königl. Ostbahn mit dem unsrigen im Wesentlichen zusammenfällt.“

Zum Beweise der Mangelhaftigkeit des neuen Fahrplanes ist sodann u. A. darauf hingewiesen, daß eine einigermaßen bequeme Beförderung der Correspondenz mit Polen, ja sogar mit den süblichen Stationen in Westpreußen, etwa von Lasowitz bis Bromberg, nur auf dem Umwege über Schneidemühl geschehen kann. Auf diesem zwitterhaften Umwege trifft die Post hier um 9 U. 3 M. Vorm. ein und geht um 7 Uhr 49 Min. Abends von hier ab, während sie bei Benutzung der directen Linie erst um 11 Uhr 15 Min. Vorm. ankommt und schon um 4 Uhr 51 Min. Nachm. abgeht, so daß also dem Geschäftsmann für eine umgehende Beantwortung seiner

Correspondenz nur eine Frist von ca. 4 in die Vorfahrt fallender Stunden und in der Regel nicht mehr Zeit bleibt, die Berliner Börsen-Depeschen noch zu erwarten. Obwohl nun die Postverwaltung die Beförderung über Schneidemühl in allen geeigneten Fällen anwendet, so kann doch damit das Bedürfnis eines möglichst raschen Briefverkehrs nur unvollkommen erfüllt werden. Für den Personenverkehr aber ist natürlich der Umweg über Schneidemühl überhaupt nicht benutzbar.

„Der erste und billigste Anspruch, den wir an einen Fahrplan, welcher den Bedürfnissen des Verkehrs innerhalb der Provinz Preußen genügen soll, glauben stellen zu dürfen, ist die Einrichtung bequemer belegener Personenzüge zwischen Danzig und den süblicheren Stationen bis hinauf nach Bromberg und Thorn. Unsere Geschäftsfreunde in den Weichselstädten und Weichselkreisen müssen billiger Weise die Möglichkeit haben, ihre Geschäftsreisen nach Danzig im Laufe eines einzigen Tages auszuführen zu können.“ — Ein Auszug aus dem Fahrplane vom 15. August aber beweist, wie wenig dieser solchen Voraussetzungen entspricht. Von den drei Zügen in der Richtung Thorn-Bromberg-Dirschau-Danzig (Bromberg Abf. 6 U. 16 M. Vorm., Danzig Ant. 11 U. 15 M. Vorm.; — Thorn Abf. 7 U. 34 M. Vorm., Danzig Ant. 2 U. 11 M. Nachm.; — Thorn Abf. 4 U. 28 M. Nachm., Danzig Ant. 10 U. 22 M. Abends) hat zunächst der mittlere für den eigentlichen Geschäftsverkehr keinen Werth, weil er erst Nachmittag nach Schluß der Börsenzeit in Danzig eintrifft. Der Reisende, welcher noch an demselben Tage nach seinem Wohnorte in der Provinz zurückkehren will, ist ausschließlich auf den ersten Zug angewiesen, welcher, eine fahrplanmäßige Antunft vorausgesetzt, für die Börsen noch rechtzeitig ankommt. An diesen einzigen für den Geschäftsmann benutzbaren Tageszug hat aber Thorn keinen directen Anschluß. Vielmehr muß der Reisende, welcher von Thorn aus mit diesem Zuge nach Danzig fahren will, bereits am Abend vorher seine Reise antreten und in Bromberg übernachten.“ (Thorn Abf. 9 U. 59 M., Bromberg Ant. 10 U. 50 M. Abends, Abf. 6 U. 16 M. Vorm.) — Von den drei Zügen in der Richtung Danzig-Dirschau-Bromberg-Thorn (Danzig Abf. 5 U. 3 M. früh, Thorn Ant. 11 U. 13 M. Vorm.; — Danzig Abf. 12 U. 49 M. Nachm., Bromberg Ant. 6 U. 1 M. Nachm.; — Danzig Abf. 4 U. 51 M. Nachm., Thorn Ant. 1 U. 15 M. früh) „ist der Mittagszug allerdings unter Umständen für den provinziellen Verkehr sehr wichtig und zweckmäßig. Denn abgesehen von dem durch ihn gegebenen Anschluß nach Posen, bietet er namentlich den Bewohnern des rechten Weichselufers in denjenigen Jahreszeiten, in welchen der Transport über die Weichsel mit Schwierigkeiten verbunden ist, die Möglichkeit, den Strom noch bei Tage zu passieren. Für den eigentlichen Geschäftsverkehr aber hat dieser Zug gegenwärtig deshalb weniger Werth, weil er schon während der Börsenzeit abgelaufen wird. Nach der Börsen ist daher für die Rückreise noch an demselben Tage nur der 4 U. 51 M. Nachm.-Zug zu benutzen, und bleiben alsdann, unter Voraussetzung prompten Antritts, für den Aufenthalt in Danzig und die Erledigung der Geschäfte kaum vier Stunden übrig. Diese Aufenthaltzeit aber ist, wie schon hinsichtlich der Correspondenz bemerkt wurde, sehr knapp bemessen, und es darf das um so mehr auffallen, als der Nachmittagszug auf die 21 Meilen bis Bromberg nicht weniger als 5 1/2 Stunden, auf die 27 1/2 Meilen bis Thorn gar 8 Stunden 24 Min. fährt. Aber nach den bisherigen Erfahrungen scheint das reisende Publikum nicht einmal die Sicherheit zu haben, daß es in Dirschau rechtzeitig den Anschluß an den Zug nach Bromberg erreicht. Es ist vorgekommen, daß der Nachmittagszug, welcher die Dirschau ein „gemischter Zug“ ist, sich der Güterbeförderung wegen auf den Zwischenstationen Pausen und Höfenstein verspätet und in den zwei Stunden von 4 U. 51 M. bis 6 U. 50 M. Nachm. nicht die 4 1/2 Meilen bis Dirschau zurücklegt. Der Zug nach Bromberg war unterdessen abgegangen und die Reisenden mußten in Dirschau übernachten.“ (Schl. f.)

Danzig, den 19. September.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus rücken immer näher. Als der Termin, welcher für

in dem, jetzt freilich etwas veraltetem, aber entschieden gut gearbeiteten Lustspiel „Der beste Ton“ behandelt hat. Wie dort die Thorheit gekehrt wird, sich unbedingt den Forderungen des sog. guten Tones unterzuordnen, so wird hier die Thorheit behandelt, stets vor allem den „Chio“ zu zeigen. Auch in der Wahl des Heilmittels folgt Moser seinem älteren Vorbilde. Hier wie dort geht die Frau, dem Rathe des weisen Lustspielonkels folgend, auf die Thorheiten des Mannes ein und curirt ihn durch das Zerrbild, das sie ihm nun zeigt. In den Details geht freilich Moser seinen eigenen Weg und da er gerade in diesen seine Stärke hat, so hat auch wohl sein Stück neben jenem seine Berechtigung. Wie sehr übrigens der Verfasser in dem äußeren Ausbau des Stückes seine eigentliche Aufgabe sucht, das beweist u. A. der glänzlich erfundene, ist nur der Graf Racozy, er könnte auch fehlen, ohne daß der Gang des Stückes dadurch verändert würde; er sekundirt nur dem erwähnten Lustspielonkel in der Vertretung des bürgerlich-verständigen Standpunkts und wird dann benutzt, eine etwas drastischere Lösung herbeizuführen.

Dies Stück fand gestern eine recht freundliche

die Wahlmännerwahlen in Aussicht genommen ist, wird von der „D. N.-Corr.“ der 27. October bezeichnet, die Wahlen der Abgeordneten sollen dann etwa am 10. November stattfinden. Es bleiben also für die notwendigen Vorbereitungen nur wenige Wochen, welche von den Liberalen eifrig benutzt werden müssen, wenn sie nicht ihren Einfluß auf die Gesetzung für die nächsten Jahre einbüßen wollen. Es kann für die Wahlen der Wahlmänner (die sogenannten Urwahlen) nur in den einzelnen Wahlkreisen selber eine zweckmäßige Thätigkeit entfaltet werden; eine Beeinflussung und Leitung derselben von einer außerhalb des Wahlkreises befindlichen Stelle ist nicht gut möglich. Es wird auch nur in wenigen Fällen möglich sein, die Vorbereitung der Urwahlen in dem Sinne zu treffen, daß von vorn herein die Namen der zu wählenden Abgeordneten als maßgebend hingestellt und die Wahlen darauf hingeleitet würden. Es muß vielmehr darauf gesehen werden, daß alle Liberalen oder, besser gesagt, alle diejenigen Wähler, welche nach der besondern Beschaffenheit des Wahlkreises auf ein Zusammenwirken mit den Liberalen angewiesen sind, weil sie im Großen und Ganzen dieselben Tendenzen verfolgen, eng geschlossen zusammenhalten und dadurch es verhindern, daß solche Parteien, welche von ihnen gemeinsam bekämpft werden, in Folge von Stimmenverpflüchtung im Wahlmannskörper eine Vertretung erlangen, auf welche sie nach ihrer Stärke im Wahlkreise keinen Anspruch haben. Der Versuch, die besondern Schattungen der liberalen Partei gegen einander auszuspielen, ist vor Allem bei den Urwahlen mit ersten Gefahren verknüpft. Wenn es schon in dem großen Kampf, der ganz Preußen und Deutschland bewegt, verwirrend ist, daß innerhalb der liberalen Partei oft aus kleinsten Motiven Spaltungen herbeizuführen versucht wird, so kann es bei den Urwahlen geradezu zu einer Niederlage der liberalen Partei führen, wenn sich wegen eines Mehr oder Winder der sogenannten „Entscheidung“ eine Anzahl liberaler Wähler von der Unterstützung des einen oder andern Candidaten zurückzieht und lieber als diesem einem Gegner den Sieg gönnt. — Die Frist zwischen den Urwahlen und den Abgeordnetenwahlen ist ebenfalls nicht weit bemessen; es wird daher, wo dieses nicht bisher schon geschehen ist, mit der Auffindung von Candidaten für die Abgeordnetenwahlen sofort vorgegangen werden müssen; und damit nicht bis nach den Urwahlen gewartet werden können. Es müssen vielmehr diejenigen, welche die sichere Voraussetzung für sich haben, daß sie zu Wahlmännern gewählt werden, oder welchen sonst ein persönlicher Einfluß auf die Entscheidungen des Wahlmannskörpers bewohnt, schon jetzt darauf denken, die Candidaturen für die Abgeordnetenwahlen vorzubereiten und sich namentlich über die Geneigtheit der in Aussicht genommenen Persönlichkeiten zur Annahme des Mandats im Falle der Wahl versichern. Es ist noch stets von Uebel gewesen, wenn auf halbe Versprechungen in dieser Beziehung hin Candidaten aufgestellt wurden, die schließlich im letzten Momente zurücktraten oder wohl gar nach der Wahl die Annahme des Mandats ablehnten. Da zu demonstrativen Doppel-Wahlen diesmal nicht die mindeste Veranlassung vorhanden ist, so sollte die Aufstellung solcher Candidaten, die bereits in einem andern Wahlkreise die Sicherheit des Erfolgs für sich haben, durchaus vermieden werden. Gerade um derartigen „Belegenheits-Candidaturen“ aus dem Wege zu gehen, ist es notwendig, daß bei Zeiten die Gewinnung eigener, das Mandat fest übernehmender Candidaten gesichert wird. Vor allem ist dieses in ländlichen Wahlkreisen geboten, wo die Ausübung des Wahlmannsmandats mit Beiläufigkeiten verbunden ist und eine Nachwahl daher meist nur unter schwacher Theilnahme stattfindet, mithin in ihrem Ergebnisse dem Zufall anheimgegeben ist, der in solchen Fällen bisher nur selten den Liberalen sich günstig zu erweisen pflegte.

In Schleswig-Holstein haben nach langen Besprechungen und Verhandlungen die national-liberalen und die Fortschrittspartei ihre Annäherung vollzogen. Auf einer dieser Tage in Rendsburg abgehaltenen Versammlung des Provinzialausschusses der national-liberalen Partei wurde mitgetheilt, daß man sich dahin geeinigt habe, bindende Compro-

missen von der Zustimmung der Parteimitglieder innerhalb jedes Wahlkreises abhängig zu machen. Das Bündniß zwischen beiden Parteien hat sich demnach keine weiten Ziele gesteckt, scheint aber dafür auf um so gesunderer Basis zu beruhen.

Der kirchliche Conflict ist jetzt selbst bis in die fast rein evangelische Provinz Pommern verpflanzt. Der Fürstbischof von Breslau schickte einen Geistlichen, Stephan, nach Anklam, ohne die von dem Gelehrten vorgeschriebene Anzeige zu machen. Dem Letzteren sind nun sämtliche Amtshandlungen verboten. Der Geistliche hat aber erklärt, er werde in kirchlichen Angelegenheiten nur seinem Bischof gehorsam sein. Die „Germ.“ macht folgenden Witz auf den Namen des renitenten Clerikers: „Stephan heißt in Pommern der erste Märtyrer, wie einst der erste in Palästina.“ Schöne Märtyrer das, die selbst den Conflicte unthätig zum Aussehen treiben! Der Versuch einzelner weniger kampflustigen Geistlichen, einen modus vivendi mit den Kirchengesetzten zu suchen, wird als Verrath behandelt. In verschiedenen Blättern wird erzählt, daß in Hildesheim der Professor der Theologie Dr. Hagemann und der Domcapitular Müller „unter der Hand“ die Kirchengesetze insofern ausführen wollen, als sie dem Oberpräsidenten „nebenbei“ Mittheilungen von den Personalien der neu anzustellenden Geistlichen zu machen gedenken, und dem wird hinzugefügt, daß der Oberpräsident damit „zufrieden“ sei. Die „Germ.“ sagt dazu: „Wir können nicht glauben, daß Hagemann und Müller ihren unbesetzten Namen mit dem Brandmal des Verraths an der Kirche der Nachwelt überliefern werden; — aber selbst wenn das Unwahrscheinliche möglich werden sollte, so würde sich insbesondere hinter der „Zufriedenheit“ des Oberpräsidenten nur eine Schwäche der Regierung verbergen.“ In dem letzten Urtheil stimmen wir mit der „Germ.“ überein, und auch wir würden in einer solchen Schwäche nur ein Uebel erblicken. Das Gesetz muß in vollem Sinne aufrecht erhalten und darf nicht durch Hinterthüren umgangen werden.

Auch in Bayern bereitet sich ein Conflict zwischen der Regierung und dem Erzbischof von Bamberg vor. Den Anlaß dazu gab die von Staatswegen angeordnete Inspicirung des dortigen bischöflichen Knaben-Seminars, wobei sich, wie der „Sp.“ Bg.“ aus München geschrieben wird, arge Mängel herausstellten, deren Beseitigung die Regierung verlangt, während der Erzbischof jede Einmischung des Staats als unzulässig abweist. Es ist bemerkenswerth, daß jetzt die römische Hierarchie den weitergehenden Schritt thut, auch die seit langer Zeit gültigen und thatsächlich ausgeübten staatlichen Aufsichtsbefugnisse in Süddeutschland zu befreiten und ebenso wie die preussischen Maßregeln als nicht vorhanden zu betrachten. Uebrigens zeigt dieser Fall, daß es zu der jesuitischen Taktik gehört, an sich friedliche und gemäßigte Kirchenoberen, zu denen der greise Erzbischof Melchior v. Meinlein bisher gerechnet wurde, durch den Einfluß ihrer herrschaftlichen Umgebungen in den Kampf mit dem Staat hineinzuziehen.

Der Gedanke einer Reise des deutschen Kaisers nach Rom entsprang, wie der „N. fr. Pr.“ von dort gemeldet wird, einem Gespräch, das derselbe in einem deutschen Bade mit der italienischen Kronprinzessin geführt hat. Victor Emanuel soll beabsichtigen, während seines Besuchs in Berlin dem Kaiser an das damals gegebene gelegentliche Versprechen zu erinnern. In Berlin glaubt man nicht, daß der Kaiser sich zu der weiten Reise entschließen werde. Uebrigens hat schon die Meldung von dem Gerüchte die ultramontanen Organe in Aufregung gebracht, ja, ein ungarisches Blatt, der „Magyar Allam“, das Organ des Erzbischofs von Gran, entblödet sich in seiner Nichtswürdigkeit nicht, seine Hoffnung auf den Menschmord zu setzen. Das clerikale Blatt schreibt: „Der preussische Adler in Rom. Es geht das Gerücht, daß Wilhelm den Besuch Victor Emanuel's in Berlin erwidern, daß er es wagen werde, nach Rom zu gehen, um den klassischen Boden noch mehr zu . . . , den sein abenteuerlicher College ohnehin zur Genüge beschimpft hat. Solche Besucher wird doch irgend ein Dsini besorgen; oder vielleicht findet der Biss seinen Weg in den Quirinal.“ Solche Offenheit muß doch von den höheren In-

als trefflicher Bonvivantspieler aus der Saison 1871/72 hier in gutem Andenken steht, zeigte als Edward Wind wie als Ernst v. Wallbach, daß er sich die Frische des Humors und der Darstellungs-kraft glänzlich bewahrt hat. Herr Director Lang hatte als Arthur v. Nobell eine jene Gedenksrollen, die er in so drolliger Komik ohne jede Uebertreibung wirksam zu geben versteht. Herr Fellenberg (Ruebel) und Hr. Franke (Ruffel) führten die beiden Repräsentanten des Comptoirs, der eine den schlicht bürgerlichen Kaufmann, der andere den alten pebanischen Buchhalter in gelungener Charakteristik durch. Herr Pansa gab die Titelrolle des alten Herren und biederer Maggaren mit guter Beherrschung des Dialects und in kräftigen Zügen und erntete lebhaften Beifall. Fügen wir noch hinzu, daß auch die H. H. Luth (Falkner) und H. H. (Ferenz) ihren kleineren Partien gerecht wurden, und schließen wir daran, daß unsere bewährten und beliebten Darsteller, Hr. Müller und Hr. Fovermann, in den Rollen der Rächin und des Dieners wieder ihre gesunde Komik trefflich wirken ließen — so können wir, alles in allem, nur sagen, daß sich unser Schauspielpersonal glänzend recht gut empfohlen hat.

Stadt-Theater.

*** Wie im vorigen Jahre wurden auch in diesem die Schauspielvorstellungen mit einem Stücke von G. v. Moser eröffnet. Moser ist einer der fruchtbarsten und zugleich einer der gewandtesten unserer Lustspielichter. Erfindung ist ihm Alles, meinen seine Stücke nicht; weber zeichnen sich seine Stoffe durch Originalität aus, noch weichen seine Gestalten wesentlich von den üblichen Lustspielfiguren ab. Aber er findet glänzend höchst komische Situationen und weiß den Dialog in leichtem und heiterem Plaudern fortzuführen. Was er sich auch nicht viel Sorge um die Wahrscheinlichkeit, streift er in Anlage wie in Entwicklung nicht selten stark an die Poesie, so pflegen doch seine Stücke durchweg lustig zu sein und erfüllen somit eine der unerlässlichen Bedingungen des Lustspiels. „Das Stütungsfest“ hat überall durchgeschlagen und ist auch auf unserer Bühne im vorigen Jahre Repertoirestück geworden. Daß „Graf Racozy“ einen gleich glänzenden Erfolg haben wird, möchten wir bezweifeln, wenn es ihm auch an erheiternden Partien nicht fehlt. In der Wahl des Stoffes ist Moser diesmal in so fern nicht glücklich gewesen, als er einen Gegenstand gewählt hat, den bereits Löffler

spiratoren als eine Ungeheuerlichkeit betrachtet worden sein; denn nach zwei Tagen hat das Blatt, die letzten drei Seiten als zurückgezogen und nicht geschrieben zu betrachten.

Raum ist die Räumung des occupirten Gebietes vollendet, so schlagen in Frankreich die Hegerien die Blätter überall in hellen Flammen auf. Zu diesem Zwecke preist zuvörderst Bismarck's Einfluß in Berlin auf dem letzten Boche. Es ist der „Temps“, der in Arnim's Rückkehr nach Paris „le signe d'un déclin“ des Reichskanzlers erblickt. Dann kommen aufregende Drohungen der Deutschen: „Paris-Journal“ weiß von einer Landkarte zu erzählen: „L'Allemagne en 1876“, die in Metz „öffentlich verkauft wird“ und worauf mit derselben Farbe wie Elsch und Kohringen angepinelt sind die Departements der Maas, Meurthe, Vogesen, oberen Saone, Doubs und Jura, während die Departements von Savoyen, Hochsavoyen, Oberrhein, Nieder- und Ober-Alpen, als zu Italien gehörig, weiß gelassen sind. Dabei wird von allen Seiten der geistreiche Einfall wiederholt: „Das Deutsche Reich sucht seine Verluste von 1870 und 1871 zu decken, es hat die 69 Buchhändlersträflinge, die für die deutsche Nationalität optirten, zurückverlangt. Man fragt, welches Interesse diese Sträflinge haben, ihre Strafe lieber in Deutschland als in Frankreich zu verbüßen? Preußen gewinnt daran 69 Spione, die jederzeit bereit sind und das Land, das sie durchzuwandern beauftragt werden, genau kennen.“ Diese Bröthen gallischer Nachbarlichkeit werden abgetroffen von einem Gedichte Victor Hugo's, das seine Kunde durch die französische Presse macht. Es trägt die Ueberschrift: „La libération du territoire“, der romantische Einfieler sagt darin, daß er sich noch nicht befreit fühlt, daß er erstickt und daß ihm ein feuerpeiender Berg auf der Brust liegt. Nun, der Mann ist gewöhnt, solche Lasten zu tragen. — Der Gedanke an die Restauration macht unlängbare Fortschritte auch in den Kreisen der gemäßigteren Liberalen, die bisher der conservativen Republik Thiers anhängen. Doch verlangen diese von der angekündigten Rundgebung Chambord's, daß darin der Anspruch, eine Charte zu octroyiren, aufgegeben werde, daß eine Verfassung mit den Vertretern des Volkes frei vereinbart werde. Der Sprecher dieser Gruppe, John Lemoine, sagt in seinem neuesten Artikel in dem „Journal de Debats“: „Wenn wir als politische Rundgebungen nur die Wallfahrten und als Programm nur den verrückten (insensé) Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris erhalten, so wissen wir, woran wir sind. Das einzige Recht des Königthums liegt in seiner Nützlichkeit, in dem Maße der Bürgschaften der Ordnung, Sicherheit und Freiheit, welche seine lange nationale Existenz, seine enge Verbindung mit unserer ganzen Geschichte ihm dem Lande zu sichern gestatten. Wir glauben, daß, wenn Frankreich gleich nach all' den Schicksalsschlägen, die es betroffen hatten, sich einer einzigen Monarchie gegenüber befunden hätte, es dieselbe gewählt haben würde. Jetzt giebt es nur noch eine und wir müssen wissen, was sie sein will. Von dem letzten Repräsentanten der Legitimität hängt es ab, ob das Königthum in Frankreich wieder aufgerichtet werden oder für immer verschwinden soll.“ Die Legitimisten und Ultramontanen wollen aber von einem liberalen, zeitgemäßen Königthum Nichts wissen, sie verlangen die Wiederherstellung des „ancien regime“ in seiner ganzen Herrlichkeit.

Deutschland.

△ Berlin, 18. Sept. Man rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß dem nächsten Landtag das Enteignungsgesetz vorgelegt und endlich auch erledigt werden wird, nachdem diese hochwichtige, in viele Verhältnisse tief eingreifende Gesetzesvorlage schon so lange verzögert worden ist. Die Regierung hat bei ihrem neuesten vom Januar d. J. datirten Entwurfe ohnehin die bei früheren Beratungen gemachten Bemerkungen und Einwürfe möglichst berücksichtigt, so daß auf eine Annahme ohne wesentliche Änderungen vielleicht zu rechnen ist. An der Zeit aber ist es, diese Materie geregelt zu sehen. Dagegen verlautet, daß die Regierung den vom Hause der Abgeordneten bereits angenommenen, im Herrenhause aber beim Schluß der jüngsten Session liegen gebliebenen Gesetzentwurf über den Eintritt der Staatsbeamten in mit Erwerb verbundene Genossenschaften und Gesellschaften nicht wieder einbringen wird. Fast möchte man einen solchen Vorstoß bezweifeln, da das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten d. d. 31. März d. J. eine solche Bestimmung enthält, und es ohnehin in Erinnerung ist, daß die Regierung einen aus der Initiative des Abg. Dunder hervorgegangenen diesfälligen Antrag durch eine dasselbe Ziel erreichende Vorlage ersetzen wollte und auch wirklich ersetzt hat. — Ueber das Schicksal des künftigen Reichspressgesetzes kann vorerst noch nichts verlauten, doch wird der Bundesrath die Arbeiten jedenfalls wieder aufnehmen und bei dieser Gelegenheit auch die von journalistischer und buchhändlerischer Seite gemachten sachgemäßen Vorschläge in Erwägung ziehen. Wie man hört, wird jetzt eine Denkschrift eines Rechtsgelehrten über diese Materie ausgearbeitet und dem Bundesrath überreicht werden, worin auch der früher schon verfochtene Grundsatz eine Stelle findet, daß die durch die Presse begangenen Vergehen eigentlich nothwendig unter den Gesichtspunkt der allgemeinen Strafgesetgebung fallen müssen, ein besonderes Gesetz über Preßvergehen somit also überflüssig sei, daselbst sich jedoch auf die Gegenstände beziehen könne, die zu Gunsten der Preßfreiheit mit der bestehenden Gesetgebung in Einklang zu bringen seien. Es ist bei dem Standpunkte, welchen die Gesetgebung jetzt einnimmt, vorauszusetzen, daß derartige Vorschläge keinen rechten Eingang finden werden. Auf ein Zustandekommen des Preßgesetzes ist überdies nicht zu rechnen. Dagegen ist es schon möglich, daß der Entwurf über die Einführung der obligatorischen Civilehe und die Standesbuchführung durch bürgerliche Beamte wieder in Aufnahme kommt. Thatsache ist, daß die preussische Regierung auf diplomatischem Wege in den Räubern, in denen die Civilehe theils obligatorisch, theils facultativ besteht, (mit Ausschluß Frankreichs) Erhebungen über den Einfluß der Civilehe auf den Abschluß kirchlicher Trauungen eingezogen hat und derartige Ermittlungen doch immer die Grundlage für künftige Gesetze bilden. Die neueste Zeit mit der katholischen Geistlichkeit hervorgetretenen Verwicklungen sprechen ohnehin für Einführung der Civilehe. — Graf Harry v. Arnim kehrt zunächst als Botschafter nach Paris zurück, was jedoch nicht ausschließen würde, daß derselbe später doch noch abbe-

rufen werden könnte. Einweisen ist, wie man hört, daran noch nicht zu denken. — Wie die „D. R.-Z.“ berichtet, wird das Kriegsgericht in der Werner'schen Angelegenheit in der zweiten Woche des Monats October in Wilhelmshaven zusammentreten. Capitän Werner soll ganz entschieden die Absicht hegen, seine Entlassung aus dem Dienst der Kaiserlichen Marine nachzusuchen, ganz abgesehen von dem Ausgang, welchen die Angelegenheit für ihn nehmen wird. Daß dieser Ausgang für Capitän Werner durchaus nicht nachtheilig sein werde, diese Ansicht ist in politischen Kreisen allgemein verbreitet und wenn man auch weiß, daß an hoher politischer Stelle das Vergehen des Capitän Werner ganz entschieden eine Mißbilligung hervorgerufen hat, so hält man die weitere Fortführung dieser einmal eingeleiteten Untersuchung mehr für eine Formalie, als für ein wirkliches Strafverfahren. Capitän Werner selbst soll jedoch das Ding anders auffassen und da er der festen Ueberzeugung ist, daß er in der Biglanten-Affaire durchaus correct verfahren, so dürfte er wohl schwerlich, um so mehr da ihm sein Gesundheitszustand es entschieden anempfehlend der Ruhe zu pflegen, der Marine erhalten bleiben.

— Der Ober-Kirchenrath ist augenblicklich mit den Vorbereitungen zu der Instruction für die Ausführung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung beschäftigt.

— Der Fürst Reichskanzler, welcher sich nach Beendigung der Siegesfeier auf seine früheren Besitzungen bei Naugard begeben hatte, um daselbst das silberne Hochzeitfest seines Bruders des Geh. Regierungsrath v. Bismarck auf Rügen mitzubringen, ist nach Vargin zurückgekehrt. Die Anstrengungen, welchen der Fürst sich während seines Berliner Aufenthaltes und auch später unterzogen hatte — schreibt man der „Schl. Pr.“ — scheinen sein altes Nervenleiden vermehrt zu haben.

— Wie die „N. St. Stg.“ meldet, hat Dr. v. Boguslawski, Lehrer an der städtischen höheren Lehrerschule in Stettin, Seitens des Chefs der Admiralität einen Ruf nach Berlin als Redacteur der vom hydrographischen Bureau der kaiserlichen Admiralität herausgegebenen „Hydrographischen Mittheilungen“ erhalten und wird demselben am 1. Jan. d. J. Folge leisten.

— Die „Volls.-Zeitung“ erklärt, daß sie, da die Stempelsteuer der begebenen Hoffnung zum Trost nicht aufgehoben worden sei, den Abonnementspreis um 12 Gr. vom 1. October ab erhöhen müsse.

— Bezüglich der Bewilligung der Wohnungsgeldzuschüsse für Beamte haben sich Mißverhältnisse in solchen Röstungen herausgestellt, welche in unmittelbarer Nähe großer Städte liegen und mit denselben, ohne ihnen einverleibt zu sein, in unmittelbarem Zusammenhange stehen, so daß die Wohnungsmiethen und die Preise der sonstigen Lebensbedürfnisse denselben in den Städten selbst gleich zu achten sind, ohne daß die betreffenden Beamten den für die Städte festgestellten Zuschuß nach dem bestehenden Reglement beziehen können. Wie man hört, ist die Hebung dieses Uebelstandes an maßgebender Stelle in Erwägung genommen worden.

— Die „Rz.-Stg.“ schreibt: Die Mittheilung verschiedener Blätter, daß seitens des deutschen Reichskanzlers bei Thiers angefragt worden sei, ob ihm jetzt die Verleihung eines hohen preussischen Ordens genehm sein würde, erweist sich, wie zu erwarten war, als erfunden.

— Die in der Einladung des Handelsministers für October in Aussicht genommene Eisenbahn-Unfall-Conferenz soll dem Vernehmen nach am 13. October beginnen. Die Fragebogen sind noch nicht vertheilt.

— Der Bisthumsverweser Kibel von Freiburg im Breisgau hat die Anzeige erhalten, daß er wegen Kumiderhandlung gegen die preussischen Kirchengesetze im Bisthumsantheil Hohenzollern in eine Geldstrafe von 600 Thlrn. verfallen sei.

△ Posen, 18. Sept. Das hiesige Kloster der Dames au sacre coeur wird bekanntlich zum 1. October geschlossen. Die Oberin dieses Klosters hat bei ihrer Abreise von hier, die am 14. d. M. erfolgte, an den Oberpräsidenten Günther ein Schreiben gerichtet, in welchem sie feierlich gegen die Ausweisung der Nonnen protestirt, „da dieselbe der Freiheit der Kirche, welche die Klöster für nothwendige und nützliche Institute erachtet, sowie der Freiheit der christlichen Eltern widerspreche, insofern diese durch die Verweisung der Ausweisung in Verleth der Wahl bei Erziehung ihrer Kinder bekränkt würden.“ Die Oberin weist ferner darauf hin, „daß die Nonnen 16 Jahre hindurch an der Erziehung der Kinder in christlichem Geiste zur Befriedigung der geistlichen Diöcesalbehörde und der Familien gearbeitet, und nie die Landesgesetze und Regierungsverordnungen übertreten hätten. Die Verweisung, durch welche sie ausgewiesen würden, füge sich auf ein Gutachten, welches nicht dem Urtheil des päpstlichen Stuhles unterworfen worden sei. Sie erheben demnach gegen ihre Ausweisung unter Wahrung aller dem Orden zustehenden Rechte Protest.“ Offenbar soll dieser Protest nicht bloß eine leere Demonstration sein; die Nonnen hoffen vielmehr (und auch auf der Decanatsversammlung zu Gnesen sprach Ledochowski diese Hoffnung aus), daß sie binnen wenigen Jahren wieder hierher zurückkehren werden, und der Protest soll eben bedeuten, daß sie nur der Gewalt weichen und sich das Recht vorbehalten, zu gelegener Zeit wieder in das Kloster einzuziehen. Dieses gehört nominell dreien polnischen ultramontanen Obligen und wird einstweilen zu Privatwohnungen vermiehet werden.

Darmstadt, 16. Sept. In der hiesigen Landessynode ist ein heftiger Kampf über das Princip der evangelischen Gemeindegliederung entstanden. Die Confessionallisten wollen, daß das Bekenntniß über die Zugehörigkeit zur Gemeinde entscheide, d. h. daß nur lutherische oder reformirte Gemeinden existiren, die Majorität steht dagegen auf dem Standpunkt der Union und will jeden evangelischen Christen der Gemeinde zuweisen, wo er seinen Wohnsitz hat. Bei der Abstimmung siegte diese unionistische Anschauung.

Frankfurt a. M., 17. September. Auf dem Congresse für öffentlichen Gesundheitspflege waren 250 Personen anwesend. Vertreten waren 78 deutsche Städte. Außerdeutsche Städte theilhaftig sich, nämlich: Dorpat, Petersburg, Basel, Belfing, fisch, Bärnk, Pest und London. Hr. Oberbürgermeister v. Winter bezw. Hr. Arnd überraschte

essen im Kaisersaal nach dem Sitzungsschlusse die noch ziemlich zahlreich anwesenden Mitglieder durch die Vorzeigung der Produkte der Kieselfelder bei Danzig. Ein Käßchen enthielt den weißen feinen Meeresand, während in den anderen riesigen Kisten ebenso riesiges Gemäße prangte, darunter mehrere Pfund schwere Kohlrabi, festgeschlossenes dickköpfiges Weißkraut, Rüben, Kohlrabi, Zwiebeln, Potlul, Gurken und riesiggroßes äppiggrünes Nagras, vom fünften Schritte in diesem Jahre. Gleichzeitig bestand sich an den Pflanzen der Boden, in welchem sie gewachsen waren. Die Erde nach einjähriger Verwesung zeigte sich grauschwarz, nach zwei Jahren in den obersten Schichten intensiv schwarz wie das schönste Gemüßland bei Oberrad.

Leipzig, 18. September. Von 18 bis jetzt bekannten Wahlen sind 10 liberal und 6 conservativ ausgefallen. In 2 Wahlkreisen sind nach den bisher vorliegenden Nachrichten gemäßigtere Liberale gewählt. Von 10 Kreisen ist das Resultat noch unbekannt.

Constanz, 14. Sept. Der Vorstand der evangelischen Allianz in Newyork hat ein Schreiben an die Altkatholiken Deutschlands gerichtet mit der Einladung, Abgeordnete zu der am 2. October in Newyork stattfindenden Versammlung der evangelischen Allianz zu senden, um über die deutsche Kirchenreform Aufschluß zu geben. Es waren dem Schreiben drei Freibillette erster Klasse für die Ueberfahrt von Hamburg nach Newyork beigelegt. Ritter v. Schulte, dem das Schreiben zugekommen ist, bemühte sich, Abgeordnete, welche nach Newyork zu reisen geneigt wären, zu finden, aber vergebens. Der Congreß hat deshalb beschlossen, den gewünschten Aufschluß schriftlich zu ertheilen und dem Schreiben die wesentlichsten Druckfachen über den Altkatholicismus Deutschlands beizulegen.

Holland.

Am 11. September hat in Brille die Enthüllung des allegorischen Monuments stattgefunden, welches zur Erinnerung an die erste Landung der Engeln, den Beginn des Unabhängigkeitskrieges der Niederlande, errichtet worden ist. Der König in Begleitung seines Bruders, des Prinzen Heinrich, und seines jüngeren Sohnes, des Prinzen Alexander, nahmen an der Feier Theil.

Haag, 16. Sept. Der hier beglaubigte deutsche Gesandte, Graf Perponcher, hat seine Entlassung erbeten und zieht sich ins Privatleben zurück. Seine Familie hat bereits den Haag verlassen. Es verlautet noch nichts über den eventuellen Nachfolger des Grafen Perponcher, der vorläufig noch auf seinem Posten bleibt, bis der neue Gesandte ernannt sein wird.

Frankreich.

Paris, 16. Sept. Der officiöse „Frangais“ sagt: „Man hat angekündigt, Graf Arnim werde nicht nach Paris zurückkommen. Die deutsche Regierung hat jedoch beschlossen, daß Arnim Deutschland im Frankreich bis zur Lösung der constitutionellen Fragen vertreten werde. Man hält in Berlin den Grafen v. Arnim wegen seiner vollkommenen Kenntniß der Lage allein für fähig, die preussische Regierung genau zu unterrichten. Er wird binnen 3—4 Wochen in Paris zurück erwartet. Als späterer Nachfolger Arnim's nennt man v. Balan, was zweifelhaft, und den Fürsten Neuf, was sicherer ist.“ So der „Frangais“. In Regierungskreisen erregt das Bleiben Arnim's große Befriedigung. — Die „Agence Havas“ meldet: „Es scheint fest zu stehen, daß Victor Emanuel den General Lamarmora hat bitten lassen, seinen zweiten Band nicht in die Welt zu schleudern, während der König seine Reise mache.“ Derselben Quelle zufolge hat der päpstliche Nuntius in Wien nebst den übrigen kirchlichen Würdenträgern in den Städten, die der König besucht, vom Vatican Weisung erhalten, ihm „ohne Aufsehen“ auszuweichen. Es wird also eine allgemeine Victor-Emanuel's-Grippe im clericalen Lager nicht überirraschen dürfen.

— 17. Sept. Wie der „Agence Havas“ aus Lausanne gemeldet wird, hat Thiers zu Nancy bei dem Empfang der Deputation aus Savoyen erklärt, daß er dem in seiner letzten Botschaft ausgesprochenen Programme treu bleiben werde, wonach man der Republik eine regelmäßige Organisation geben müsse. Die Zukunft gehöre der Ruhe und der Mäßigung an. — „Union“ meldet, daß der Graf von Chambord in Frohsdorf noch den Herzog von Aragon empfangen und mit diesem eine sehr herzliche Unterredung gehabt habe und fügt hinzu, daß dieser Besuch ein neues Pfand für die Hoffnungen sei, welche das Ereigniß vom 5. August (die Zusammenkunft des Grafen von Chambord mit dem Grafen von Paris zu Frohsdorf) allen Vertheidigern der Monarchie eingebläht habe. (W. L.)

— Nach zuverlässigen Berichten aus den Departements sind die Bonapartisten jetzt gewaltig rührig, namentlich auf dem Lande, um die Befürchtungen der Landbevölkerung hinsichtlich der Restauration des alten Regimes auszubuten. — Es heißt heute, Thiers habe endgiltig beschlossen, nicht nach Nancy zu gehen, das Befreiungs-Banquet werde dort aber doch noch stattfinden und dabei eine Rede von Thiers gelesen werden. — Wie die „Presse“ berichtet, hat der Finanzminister das Gleichgewicht des Budgets erlangt, ohne daß Zufluß auf Versteuerung der Gewerbe genommen werde. — Wie die „Liberté“ wissen will, würde Graf Chambord im November nach Schloß Chambord in Frankreich kommen.

Spanien.

Als aus Madrid die Kunde von dem Siege kam, den Santa Pau und Loma bei Tolosa über die Carlisten erfochten, konnte man eine Wette darauf eingehen, daß alsbald auch eine Nachricht eintreffen würde, in welcher die Carlisten den Sieg für sich in Anspruch nähmen. So ist es denn auch geschehen. Dem Londoner Carlismocomité wird telegraphirt, daß Lizarraga die republikanischen Truppen unter Santa Pau im Gebirge bei Tolosa gänzlich geschlagen habe, Santa Pau sei genöthigt worden, mit seiner Colonne seine Zuflucht nach Tolosa zu nehmen. General Loma, der mit seinen Truppen von San Sebastian aus seinen Kameraden zu Hilfe eilte, sei ebenfalls zurückgeschlagen worden. Die Nordarmee habe 90 Tote, 250 Verwundete und 230 Gefangene, so wie zwei Geschütze verloren, und sei durch diese beiden Niederlagen, die schwersten seit Beginn des Carlismenrieges, vollständig zerrüttet. Die Carlisten dagegen legten eine sehr gehobene Stimmung an den Tag und hielten Tolosa eng eingeschlossen. Die Moral von den zwei widersprechenden Berichten wird die sein, daß man keinem zu glauben hat. Die Reihe der unentschiedenen Gefechte wird nur um ein Exemplar verlängert wor-

den sein. Im Weiteren wird gemeldet, daß Don Juan, der Vater des Präsidenten Don Carlos, sich nach Spanien begeben habe. — Auf einen von Figueroa, dem Eigenthümer von der cartagenischen Junta an die Juden von Oran verkauften Goldes und Silbers, gestellten Antrag hat die Madrider Regierung die spanischen Consuln in Algier, Oran und Gibraltar angewiesen, die dortigen Behörden zur Beschlagnahme der dort ankommenden Barren jener Metalle aufzufordern.

— Die Kothien in Barcelona sind zu der Einsicht geführt worden, daß sie mit ihren Cantonalbestrebungen nichts ausrichten können. Die Partei hat sich überall zu sehr in Miskredit gebracht, als daß sie wieder festen Boden im Volke zu fassen vermöchte. In Barcelona selbst, wie in den umliegenden Ortschaften Terrasa, Granollers, Caldas haben sich die cantonalen Juntas aus Mangel an Theilnahme aufgelöst.

Italien.

Rom, 15. Sept. Das Journal Il Paese behauptet wiederholt, Graf Chambord und der Graf von Paris wären vom Vatican aus gebeten worden, nach Rom zu kommen. — In dem Befinden des Papstes zeigt sich noch keine entschiedene Besserung.

England und Polen.

Warschau, 15. Sept. Das Jubelfest der zehn-jährigen Statthalterchaft des Generalfeldmarschalls Grafen Berg wurde hier am 8. d. M. durch Gratulationsempfang beim Jubilar, solennen Dankgottesdienst in der orthodoxen Schloßkirche und Festbinnen gefeiert. Die Theilnahme an demselben war seitens aller Volksschichten eine rege und lieferte den Beweis, daß Graf Berg es verstanden hat, sich durch seine zehnjährige Verwaltung die Dankbarkeit und Anhänglichkeit der Einwohner Warschans und des ganzen Königreichs zu gewinnen. Auch der polnische Adel war bei dem Jubelfest zahlreich vertreten. Selbst mehrere der hervorragenden Mitglieder des polnischen Nationalen Bestrebungen waren, versäumt es nicht, dem Unterbrüder des Aufstandes von 1863 ihre Subjüngung darzubringen und ihm ihren Dank für die energische und erfolgreiche Förderung der materiellen Wohlfahrt des Landes auszusprechen. — Die russische Regierung ist seit einiger Zeit mit regem Eifer darauf bedacht, dem Creditbedürfnis der bauerlichen Wirthe Befriedigung zu schaffen und gründet zu diesem Zweck Vorzuschüssen, deren Baht in allem Kreise fortwährend im Wachsen ist. So zählt z. B. das Gouvernement Siedie bereits 30 solcher Vorzuschüssen, von denen 27 von der Regierung und 3 von Gemeinden dotirt sind.

America.

Das Verbrennen des Dampfers „Wawoset“ auf dem Potomac und der Verlust von 80 Menschen hat zu einer Untersuchung der Fracht- und Personenschiffsdampfer, welche von Baltimore auslaufen, geführt, wobei sich herausstellte, daß der Mangel an allen Rettungs-Apparaten geradezu haarsträubend war. Die Rettungsboote waren in durchaus verwerthlosem Zustande; für Feuergefährs waren auch keinerlei Vorkehrungen getroffen, auf einem Boote verfuhr der Maschinist zugleich dem Schenktisch, während die Heizer ihre Pfeifen rauchten und der Capitain in einem Schlafschiffen aller Sorgen vergaß. Auf einem andern Boote enthielt ein großer, mit „Lebensretter“ überschriebener Kasten nur alte Taufkade und Ballastkade. Wie man hört, soll die Untersuchung streng fortgesetzt und auf alle von Newyork, Boston und Philadelphia auslaufenden Dampfer ausgedehnt werden.

Newyork, 18. Sept. Ein Bericht des landwirthschaftlichen Bureaus constatirt, daß nach dem Gesamtergebnis der während dieses Monats aus den Einzelstaaten eingegangenen Berichte das mit Baumwolle beplante Areal gegen das letzte Jahr um 10% zugenommen hat. Der Stand der Baumwolle ist besser als im September vorigen Jahres, insofern in Arkansas, Tennessee, Louisiana und anderen Staaten durch Insecten und Regen von „sehr gut“ auf „sehr mittelmäßig“ reducirt. (W. L.)

Asien.

Die barbarische Behandlung, welche die Einwohner der Insel Formosa mitunter schiffbrüchigen Matrosen fremder Länder zu Theil werden lassen, hat die Ausrichtung einer militärischen Expedition veranlaßt, welche die Eingeborenen zur humaneren Behandlung schiffbrüchiger zwingen soll. — Die chinesischen Kohlen- und Eisenlager, von deren Ausbeutung und Reichtum so viel erzählt worden ist, sollen nunmehr dem Handel und der Industrie aufgeschlossen werden. Der Kaiser hat einem Pächter das alleinige Abbaurecht für die unterirdischen Schätze übergeben, mit der einsigen und sehr charakteristischen Beschränkung, daß zu den Arbeiten kein Europäer verwandt werde.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angenommen 3 Uhr Nachm.
Paris, 18. Sept., Abends. Dem „Temps“ zufolge ist der Deputirte Larch mit Ueberreichung einer von 130 Deputirten der Rechten unterschriebenen Adresse an den Grafen Chambord beauftragt, worin unter Anerkennung des prinzipiellen Standpunkts Chambord's erklärt wird, der Graf sei zur Annahme der Krone verpflichtet, wenn das Land selbst sie ihm mit der Tricolore anbiete und müsse im Interesse des Vaterlandes und der Kirche einem derartigen Befehle Folge geben. Wie verlautet, hat Graf Chambord den Erzbischof Guibert wegen des Hirtensiegels beglückwünscht.

Danzig, den 19. September.

* Die General-Telegraphen Direction leitet gegenwärtig die Vorbereitungen ein, um die Annahme weiblicher Telegraphen-Gehilfen zum 1. Januar d. J. zu ermöglichen. Es so en vorläufig 90 Gehilfinnen angenommen werden. Eine eigentliche Anstellung derselben ist dabei nicht in Aussicht genommen, da ihnen auch die Eigenschaft statsmäßig angestellter Beamten nicht beigelegt wird, sie vielmehr aus dem Pauschalquantum für Annahme von Hilfsarbeitern u. s. w. Zahlung erhalten sollen. Schon am 1. October d. J. sollen Frauen oder Mädchen, welche das 18. Lebensjahr erreicht, aber das 30. Jahr noch nicht zurückgelegt und überschritten haben und neben allgemeiner Bildung gute Kenntnisse in der Geographie und der französischen Sprache besitzen, auch etwas Englisch verstehen, zu einer dreimonatlichen Erlernung der Telegraphie Annahme finden. Während dieser drei Monate erhalten die Aspirantinnen kein Gehalt. Die Zahlung einer Remuneration von 15 R. monatlich beginnt erst mit dem 1. Januar d. J., und zwar zunächst für 6 Probemonate. Die definitive Annahme erfolgt, wenn die Gehilfin sich während der Probezeit bewährt hat. Dann erfolgt die Anstellung

